

Jürgen Habermas, die EU-Krise und der postdemokratische Weg

Vortrag von Dr. phil. Florian Roth an der Münchner Volkshochschule, 23.11.2012

Sehr geehrte Damen und Herren,

geht die Demokratie, die in Athen im 5. vorchristlichen Jahrhundert erfunden wurde, zweieinhalb Jahrtausende später an dem gleichen Ort unter? So könnte man provokant fragen.

Papandreou Plan eines Referendums: Volksentscheidung als Skandal für Märkte und Regierungen

Denn ein Ereignis in Athen oder eigentlich genauer: die Reaktionen der europäischen Regierungen auf ein Ereignis in Athen waren der Auslöser für Habermas' Warnung vor einem postdemokratischen Weg.

Vor gut einem Jahr nämlich schockierte der griechische Ministerpräsident Papandreou die europäischen Wirtschafts- und Politikeliten mit dem Vorschlag, durch einen Akt unmittelbarer Volksherrschaft (was auf Griechisch eben „Demokratie“ heißt) den gordischen Knoten zu zerschlagen, der darin bestand (und wohl immer noch besteht), dass harte Reformen gefordert werden und als unvermeidlich erscheinen, sich dagegen aber eine breite Volksbewegung formiert.

Er wollte einfach in einem Referendum das griechische Volk fragen, ob es denn die Vereinbarungen mit den europäischen Regierungen als Bedingungen von Krediten wolle oder nicht.

Am Abend des 31. Oktobers 2011 kündigte Premierminister Georgios Papandreou überraschend dies Referendum an über die Resultate des EU-Krisengipfels, auf dem sowohl ein Schuldenschnitt wie auch weitere Bedingungen für Hilfen beschlossen wurden.

Was waren die Reaktionen: Die europäischen Regierungen zeigten sich empört, die Märkte alarmiert, die Aktienkurse sanken, der Deutsche Aktienindex (DAX) etwa verlor an zwei Tagen jeweils über 3 Prozent an Wert, Bankaktien brachen gar um 8 bis 12 Prozent ein. So bedrohlich wirkte schon die Ankündigung der Stimme des Volkes.

Diese musste dann jedoch schweigen. Papandreou nahm erst seinen Plan zurück, trat dann eine gute Woche nach seiner Ankündigung einer Volksabstimmung selbst zurück und machte Platz für den ehemaligen Vize-Präsidenten der Europäischen Zentralbank Papademos. Demos heißt ja übrigens, wie Sie wissen, wissen „Volk“ – und Papademos „Priester des Volkes“ (oder auch Volksvater). Man könnte also pointenversessen sagen: Priesterherrschaft des Bankenwesens statt Herrschaft des Volkes. „Andreios“ bedeutet übrigens beherzt, tapfer, mannhaft.

In der Süddeutschen Zeitung kommentierte Heribert Prantl die gescheiterte Volksbefragung und die Rolle des tapferen Narren so:

„Früher befragten die Griechen das Orakel von Delphi. Heute befragt Europa die Finanzmärkte. [...] An dessen [des Orakels] Eingang befand sich eine Inschrift; sie war der Schlüssel für alle Fragen: „Erkenne dich selbst!“ Möglichkeiten zur Selbsterkenntnis hat Europa in der Griechenlandkrise wie nie zuvor: Diese Krise ist nicht nur Währungs- und Finanzkrise, sie offenbart auch eine Institutionenkrise, eine Krise der Demokratie – die nicht dadurch zu beheben ist, dass die Bundeskanzlerin und der französische Präsident den griechischen Premier ins Gebet nehmen und ihn erfolgreich bedrängen, seinen Plan, ein Referendum abzuhalten, wieder zu stornieren. Das war weniger eine Rettungsaktion denn ein Putativnotwehrexzess. In der Spitzenpolitik wurde dieses Referendum diskutiert, als habe Premier Papandreou vorgeschlagen, die Demokratie in seinem Land durch ein russisches Roulette zu ersetzen – und als gelte es daher, dem Premier die Waffe wieder aus der Hand zu winden; das hat man denn auch getan. Dabei hatte Papandreou nichts anderes versucht, als die Demokratie in ihr Recht zu setzen [...] Eine Volksabstimmung ist kein Allheilmittel, sie ist aber auch kein Gift. Wer in einer Demokratie das Volk, den Demos, befragen will, ist zunächst einmal kein Narr, sondern ein Demokrat. [...] Das Vertrauen der Märkte entsteht durch politische Führung. Das Vertrauen der Bürger entsteht, wenn diese politische Führung rechtlich gebunden und demokratisch legitimiert ist. Auf dieser Basis ist seit der europäischen Aufklärung eine kluge, halbwegs robuste Staatsorganisation gewachsen. Die EU muss das weiterentwickeln. Europa soll ein Projekt sein, das nicht abbricht, sondern aufbricht. Zukunft hat Europa als lebendige Demokratie. Sonst nicht.“

Frank Schirrmacher: „Demokratie ist Ramsch“

Ähnlich sollte auch Habermas argumentieren, der sich in seiner Intervention vor einem Jahr und den darin vorgebrachten düsteren Warnungen vor dem „postdemokratischen Weg“ Europas jedoch nicht auf den linksliberalen Heribert Prantl, sondern ausgerechnet auf den Herausgeber und Chef-Feuilletonisten der konservativen Frankfurter Allgemeinen Zeitung, Frank Schirrmacher, bezog.

Jener hatte nämlich bereits am 1. November 2011 eine scharfe Polemik, eine Phillipika sozusagen, mit der Überschrift „Demokratie ist Ramsch“ veröffentlicht.

Darin beschrieb er die Reaktionen auf Papandreous „Coup“, wie er das nannte, als Zeichen einer Pathologie der kollektiven Psyche. Das Entsetzen der Banker und Politiker, in deren Augen der griechische Premier als verantwortungsloser Hasardeur erschien, zeigte „das Schauspiel jener Werte und Überzeugungen, die einst in der Idee Europas verkörpert erschienen“.

Hellsichtig-zynische Medien wie der britische „Telegraph“ und das US-Wirtschaftsmagazin Forbes hätten gar das Wort kolportiert, dass jetzt ein Militärputsch für Griechenland heilsam sein könnte – und damit die Umwertung aller demokratischen Werte nur weitergedacht.

Schirrmacher zog gar – wieder im medizinischen Vokubular bleibend – einen Vergleich mit den „Inkubationsphasen der großen autoritären Krisen des zwanzigsten Jahrhunderts“. Die Politiker würden immer mehr zu Gefangenen der an den Finanzmärkten gehegten Erwartungen. Wenn man immer mehr „Ratingagenturen, Analysten oder irgendwelchen Bankenverbänden die Bewertung demokratischer Prozesse“ überlasse, zeige das einen „Machtkampf zwischen dem Primat des Ökonomischen und dem Primat des Politischen“.

Ein weiteres Zeichen der Pathologie sei, dass dem sog. Abweichler Bosbach in der CDU-Fraktion, nur weil er den Europakurs Merkels nicht mittragen konnte, von einem Kollegen gesagt wurde, er können seine Fresse nicht mehr ertragen.

Papandreou hingegen, so schließt Schirmmacher, tue letztlich das Richtige, nämlich das Volk in die Pflicht nehmen und auf Überzeugen statt auf die betonharte Gewalt der Sachzwänge zu setzen.

Jürgen Habermas: „Rettet die Würde der Demokratie“

Und auf diesen Artikel reagierte Habermas – und zwar zustimmend in derselben Zeitung. Mit Schirmmacher möchte der Starnberger eine Lanze brechen für die von der Verramschung bedrohte Demokratie und deren Würde retten.

Fast satirisch zeichnet er das Bild „einer von ‚den Märkten‘ kujonierten politischen Klasse“. Deren dramatische Lage hätte gerade Papandreou oder genauer die Reaktionen auf seinen plebiszitären Vorschlag entlarvt, nämlich die „pompöse Aufregung des Chefpersonals von EU und Internationalem Währungsfonds über den unbotmäßigen Kollegen aus Athen“.

In diesem Theaterstück, das in Habermas’ Augen eher einem Marionettentheater von an Fäden hängenden Figuren, die mit ihren Muskeln spielen, gleicht, würden die Protagonisten den „Sieg des Sachverstands über den befürchteten Unverstand des Volkes oder eines Spielers, der sich zum Anwalt des Volkes aufwirft“, vorstellen.

Nach wenigen Tagen, als Papandreous eigener Finanzminister sich von ihm brutusgleich abwendete und eine Kehrtwende eingeläutet wurde, erholten sich die Aktien und der Euro stieg. Darin offenbarte sich, so Habermas, der „zynische Sinn dieses griechischen Dramas – weniger Demokratie ist besser für die Märkte“.

Wie Prantl und Schirmmacher würdigt auch Habermas die Verdienste von Papandreous. Aber nur insoweit, als er durch sein Scheitern einiges von dem enthüllt und erschreckend auf den Punkt gebracht hat, was sich schon länger abzeichnete.

Zur Demokratie, so könnte man ergänzen, gehört Öffentlichkeit, Diskussion und Beteiligung – eben des Volkes. Wenn aber die wichtigen Entscheidungen und die diesen vorangehenden entscheidenden Diskussionen letztlich in Geheimverhandlungen zwischen Bankern und Regierungen sich abspielen; wenn die Parlamente und die staunend folgende Öffentlichkeit die weisen Ratschlüsse dieser Eliten nur noch mehr oder weniger willenslos geschehen lassen kann – dann, ja dann wird Demokratie zur Farce.

Habermas spricht davon, dass der in den „ungreifbaren Arkanverhandlungen zwischen Euro-Staaten und Banklobbyisten“ verborgene Konflikt durch den griechischen Premier „für eine Schrecksekunde ins Licht Arena“ zurückgeholt wurde, „wo aus Betroffenen Beteiligte werden“.

Und das, so könnte man wieder ergänzen, ist ja der Akt der Demokratie, dass nämlich all jene, die von Entscheidungen betroffen sind, auch an jenen beteiligt werden. Dieser Sinn von Demokratie zeigte sich in der Moderne schon in der Parole der US-Unabhängigkeitsbewegung „No taxation without representation“, also keine Besteuerung ohne demokratische Vertretung und damit Beteiligung.

Dass es diese auf europäischer Ebene nicht zureichend gebe, auch das habe Papandreou bloßgelegt. „Das griechische Desaster“, und hier fällt endlich unser Wort von der Postdemokratie, sei eine „deutliche Warnung vor dem postdemokratischen Weg, den Merkel und Sarkozy und Merkel eingeschlagen haben. Die Konzentration der Macht bei einem intergouvernementalen Ausschuss der Regierungschefs, die ihre Vereinbarungen den nationalen Parlamenten aufs Auge drücken, ist der falsche Weg“.

Und was ist die Alternative zu dem postdemokratischen Europa, in dem sich Entscheidungsprozesse zwischen anonymer Marktmacht, Lobbyisten und angeblich interesselosen Experten sowie geheim verhandelnden Regierungen abspielen?

Natürlich – ein wahrhaft demokratisches Europa, so ganz idealistisch Habermas. Aber er bleibt auch wieder Pragmatiker. Denn er denkt dabei über Institutionen nach, „die eine supranationale Willensbildung und die globale Durchsetzung von Beschlüssen erst ermöglichen würden“. Wir bräuchten „einen glaubhaften institutionellen Entwurf zu einer abgestuften Integration“. Ein solch integriertes Europa könnte auch endlich wirklich konsequent und wirksam Banken und Finanzmärkte regulieren, statt von ihnen reguliert zu werden.

Aber wir brauchen nicht nur „institutionelle Phantasie“, sondern eine öffentliche Debatte, in dem die Politiker wirklich versuchen, die Bürger zu überzeugen; und das als sie selbst und nicht nur als Sachwalter von angeblich unausweichlichen Marktgesetzen. Habermas schließt mit einem Ausdruck des Zweifels, ob dies die politische Klasse, die zu Selbstbezüglichkeit statt Offenheit gegenüber dem Volk neige und dies nur noch als Wählerreservoir betrachte, noch vollbringen können – und nicht an deren Stellen soziale Bewegungen wie „Occupy Wall Street“ treten.

Diesem kurzen polemischen Essay ließ Habermas dann wenige Tage später die Veröffentlichung des Bandes „Zur Verfassung Europas“ folgen.

Dessen theoretischen Ausführungen wollen wir uns aber erst nach ein paar Exkursen zu Politik und Theorie zuwenden.

Anzeichen der technokratischen Postdemokratie

Sehen wir noch einmal zurück und in die Gegenwart: Nicht nur das Scheitern von Papandreous Referendumsplan und die Ablösung des tragischen Helden durch den Banker und Technokraten Papademos vollzog sich.

Nein, noch weitere Regierungen stürzten in Folge der Krise Europas. Wie Dominosteine fielen nach der Regierung Griechenlands jene Irlands, Italiens, Portugals, der Slowakei, Spaniens, Frankreichs. Und in Italien wurde auch wieder ein Politiker durch einen Technokraten abgelöst: nämlich Berlusconi durch Monti. Mario Monti ist wie Papademos parteilos, ein Ökonom und Technokrat, ehemaliger Wettbewerbskommissar der Europäischen Union.

Man könnte hier sogar das bizarre Phänomen beobachten, wie ein Postdemokrat dem anderen folgt. Jedoch von ganz anderer Art: ein skandalbewehrter Operettendespot, der mit seiner Medienmacht die Öffentlichkeit manipuliert und durch immer neue Gesetze der Justiz entkommt, wird abgelöst durch die Herrschaft des marktvermittelten Sachzwangs. Nicht empörte Intellektuelle und linke Volksmassen haben den verlachten und gehassten Berlusconi von der Macht vertrieben, sondern ein erst neuerdings ins öffentliche Bewusstsein geratener Revolutionär – der Spread. Oder wie der Spiegel auch im November letzten Jahres schrieb: „Der Spread, nicht das Bett wurden ihm zum Verhängnis“. Nämlich die Spreizung zwischen jenen niederen Zinsen, welche etwa Deutschland an Gläubiger zu zahlen hat, und jenen, die dem weniger vertrauenserweckenden Berlusconi-Italien abverlangt wurden. Spreadgate statt Rubygate.

Immer wieder Rettungsaktionen, immer mehr Länder, die gerettet werden müssen, immer wieder alternativlos erscheinende Lösungen, die sich nur als Lösungen für kurze Zeit erweisen, immer wieder Diskussionen über jenen Spielraum, der den Parlamenten geblieben ist, angesichts von in Windeseile nachzuvollziehender Entscheidungen, welche die Regierungen der mächtigsten Länder hinter verschlossenen Türen gefällt haben, dahinter lauernd die würgende Hand der Märkte, dazwischen mal eher heiser klingende Zwischenrufe des Bundesverfassungsgerichts – die Geschichten vor und nach dem letzten November kennen wir ja alle aus den Medien.

Von Hegel über Marx bis Habermas: Systemimperative vs. demokratische Selbstbestimmung

Sind die Diskussionen der europa- und demokratiefreundlichen Intellektuellen – ob Ulrich Beck oder Jürgen Habermas – angesichts der Symptome dieser Krise nun wirklich neu oder handelt es sich nur um Zuspitzungen von Phänomenen, die schon länger diagnostiziert wurden?

Dass die Imperative des global werdenden Marktes und der dahinter stehenden ökonomischen Interessen bestimmter Schichten die Politik zu einer nur noch nachvollziehenden, statt autonom gestaltenden Macht werden lassen, das hat doch schon der olle Marx beschrieben, so kann man einwenden. Und hatte nicht schon sein großer, politisch so anders tickender Vor-Denker Hegel einiges geahnt?

Schauen wir uns das doch mal an. Was wir heute sehen und was auch Habermas konstatiert, ist das Auseinanderklaffen zwischen zwei Polen. Einerseits dem hehren Ideal einer Demokratie, in der aufgeklärte Individuen in dem argumentativen Wettstreit um das gemeinsame Gute treten und in gleichberechtigter Beteiligung zu vernünftigen gemeinwohl- und gerechtigkeitsorientierten Entscheidungen kommen. Und andererseits jenem letztlich interessengesteuerten Selbstlauf eines ökonomischen Systems, das die Spielräume des demokratischen Souveräns immer mehr einschränkt und schließlich nur noch nach außen kaum mehr diskutierte Regierungsentscheidungen zulässt.

Schon Hegel hatte die Unterscheidung getroffen zwischen der bürgerlichen Gesellschaft als dem Forum, wo die Wirtschaftsegoisten der Individuen und Gruppen aufeinander treffen, und dem Staat als Verkörperung des Allgemeinen und des Vernünftigen.

Man kann das in der Doppelbedeutung des Wortes Bürger ganz gut fassen. Im Französischen wird anders als im Deutschen unterschieden zwischen „Bourgeois“ und „Citoyen“. Der Citoyen ist der dem Allgemeinen verpflichtete Staatsbürger als abstrakter Mensch, der Bourgeois der das Prinzip des Partikulären, des Besonderen und Abgeschiedenen verkörpernde egoistische Wirtschaftsbürger als wirklicher Mensch. Attac-Aktivist und Banker könnte man ein bisschen polemisch überspitzen.

Marx argumentiert nun anti-idealistisch und materialistisch. Die Gleichheit und Freiheit allein in der Sphäre des Staatsbürgers sei illusorisch, da in Wirklichkeit als Wirtschaftsbürger keine Freiheit und Gleichheit bestehe, höchstens nur gleiche Freiheit von Bankier und Bettler unter den Brücken zu schlafen. In Wirklichkeit gebe sich im preußischen wie im kapitalistischen Staat allgemein das Besondere als das Allgemeine aus, um desto besser in seiner Besonderheit herrschen zu können. Der Staat sei nicht die Versöhnung der Gegensätze, sondern der ideologischer Ausdruck der Herrschaft eines der Gegensätze:

„Nur der politische Aberglaube bildet sich noch heutzutage ein, daß das bürgerliche Leben vom Staat zusammengehalten werden müsse, während umgekehrt in der Wirklichkeit der Staat von dem bürgerlichen Leben zusammengehalten wird.“

Für das Leben im Kapitalismus hat Marx bisweilen den Begriff der Entfremdung verwendet und ihn auch in dem gesehen, was man als Herrschaft anonymer Mächte über den realen Mensch bezeichnen kann. Es ist dies Herrschaft des „Sachzwangs“ der Kapitallogik, des automatischen Wachstums, der Konkurrenzsituation auf dem Markt, welcher die Produzenten – bei Strafe des Untergangs – zu Maßnahmen zwingt.

Marx erinnert hier an Goethes Zauberlehrling, der die Geister, die er rief, nicht mehr los wird:

„die moderne bürgerliche Gesellschaft, die so gewaltige Produktions- und Verkehrsmittel hervorgezaubert hat, gleicht dem Hexenmeister, der die unterirdischen Gewalten nicht mehr zu beherrschen vermag, die er heraufbeschwor.“ (Das Kommunistische Manifest)

Politik und Staat hätten nun gegenüber dem kapitalistischen Selbstlauf und seiner Eigenlogik, den Sachzwängen des Marktes also, keine Selbstständigkeit, seien vielmehr gleichzeitig sowohl verschleiernendes Instrumente der Klassenherrschaft wie bewusste Exekutoren kapitalistisch-ökonomischer Sachzwänge.

Dieser Gegensatz zwischen der bürgerlichen Gesellschaft, welche auf wirtschaftlich-materiellen Interessen fuße und der gegenüber den Einzelwillen der Individuen unabhängige Logik des kapitalistischen System hervorbringe, einerseits und der vernünftigen Verständigung des Gemeinschaftswesens Mensch andererseits, taucht bei Habermas wieder auf. Einerseits im Gegensatz von System und Lebenswelt, also wiederum der Eigenlogik eines die Individuen integrierenden Gesamtzusammenhangs, in dem sie vorgefasste Funktionen einnehmen müssen wie in der Arbeitswelt, und andererseits jenem unmittelbaren Zusammenhang der subjektiven Perspektive der Individuen. Parallel dazu zu sehen ist der Unterschied zwischen strategischem und kommunikativem Handeln. Im letzteren geht es um Verständigung, um das gemeinsam zu suchende Richtige, Wahre und Gute, im ersteren eben um Strategien zur Durchsetzung von Zwecken individueller oder partikularer Art. Wieder sieht man den Hegel'schen und Marx'schen Gegensatz vom Allgemeinen und Besonderem, von Staat und bürgerlicher Gesellschaft, von Citoyen und Bourgeois.

In dieser Terminologie spricht Habermas im genannten FAZ-Essay über „Systemimperative des verwilderten Finanzkapitalismus“ und „den zerberstenden Lebenswelten ihrer demokratischen Wählerschaft“.

Oder ungerechtfertigt vereinfacht: EZB ist das System, Occupy Wallstreet die Lebenswelt.

Was Habermas fehlt bei der Entscheidungsfindung im Umkreis der europäischen Krise ist das, was er Diskurs nennt und sich im Bereich des kommunikativen Handelns bewegt. Diskurs ist für Habermas nicht jedes Gespräch, jede Kommunikation, nicht jedes verständigungsorientierte Handeln. Sondern Diskurs im engeren Sinne ist für Habermas „die durch Argumentation gekennzeichnete Form der Kommunikation, in der problematisch gewordene Geltungsansprüche zum Thema gemacht und auf ihre Berechtigung hin untersucht werden. Um Diskurse zu führen, müssen wir in gewisser Weise aus Handlungs- und Erfahrungszusammenhänge heraustreten, hier tauschen wir keine Informationen aus, sondern Argumente, die der Begründung (oder der Abweisung) problematisierter Geltungsansprüche dienen.“ Wenn wir etwas in Frage stellen, problematisieren: darüber diskutieren, ob etwas sich wirklich so verhält (im theoretischen Diskurs), oder ob eine Handlung, ein Prinzip, eine Regel richtig, akzeptabel, moralisch vertretbar ist (im praktischen Diskurs) – immer dann treten wir aus der Mühle der Alltäglichkeit, in der wir immer schnell handeln und reagieren müssen, heraus, nehmen sozusagen eine Distanz zu den Dingen (und uns selber) ein und fragen uns, was wahr und richtig ist, bzw. sprechen, diskutieren, streiten darüber. Nicht der praktisch alltäglich handelnde und dabei sprechende Mensch; nicht der einsam sinnierende Denker; sondern das diskutierende Seminar, oder vielleicht besser die ideale Volksversammlung in der antiken demokratischen Polis bzw. das angeregte Gespräch bei einem sokratischen Gastmahl – das sind sozusagen für Habermas die philosophisch ausgezeichneten menschlichen Verhaltensweisen

Eine kleine Chance zum Diskurs hätte er wohl in Vorbereitung des von Papandreou so vergeblich wie naiv geforderten Referendums gesehen. Und eine reale Chance würde er darin sehen, einen neuen Verfassungsprozess für Europa zu initiieren und ihn plebiszitär zu legitimieren.

In der Essaysammlung „Zur Verfassung Europas“ wird dies visionäre Projekt nun institutionell und ideell von Habermas durchdiskutiert – und zwar als Alternative zur völligen Hegemonie des Systems, das mit seinen Imperativen die Lebenswelt kolonialisiert und der Eigenlogik der kommunikativen Verständigung der demokratischen Konsensbildung ihre Grundlage entziehe.

Der Begriff der „Postdemokratie“: von Colin Crouch zu Jürgen Habermas

Für die Dystopie, also die drohende Vision einer entmenschten öffentlichen Sphäre benutzt Habermas ja übrigens den Begriff des Postdemokratischen.

Der Begriff der Postdemokratie ist den Schriften des britischen Politikwissenschaftlers Colin Crouch entlehnt. Er versteht darunter einen Zustand, in dem es formal noch Wahlen als demokratische Riten gibt, es aber nicht mehr um frei und mündig diskutierte Alternativen geht, sondern Eliten durch die manipulative Macht der Medien diese Entscheidungen im Sinne des Lobbyismus von ökonomischen Interessengruppen lenken.

Für Habermas ist ein postdemokratischer Zustand dann erreicht, wenn sich das Regierungshandeln ohne echte Diskussionen in Parlament und Öffentlichkeit vollziehe und letztlich nur die Systemimperative der Marktlogik nachvollziehe.

Nun aber zur seiner Alternative, einem wahrhaft demokratischen Europa.

Jürgen Habermas: „Zur Verfassung Europas

Herbst letzten Jahres veröffentlichte Habermas den Essayband „Zur Verfassung Europas“. Der Titel ist mehrdeutig gewählt. Es geht auf der einen Seite um den Zustand Europas, der krisenhaft ist, gerade in der dialektischen Bedeutung von Krise als Punkt der Entscheidung mit den Konnotationen von Gefahr und Chance – die postdemokratische Gefahr der Verselbständigung von marktgesteuerten Exekutiven ohne Rückkoppelung an den demokratischen Souverän; die Chance, aus der Krise gestärkt, nämlich europäisch geeinter hervorzugehen. Und neben dieser Situations- und Potentialanalyse bedeutet „Verfassung“ auf der anderen Seite das geschriebene Grundgesetz des institutionellen Ordnungsgefüges der Europäischen Union.

Diese Gedanken werden in dem angesprochenen Buch insbesondere in dem Kapitel „Die Europäische Union von der Entscheidung zwischen transnationaler Demokratie und postdemokratischen Exekutivföderalismus“ formuliert.

Habermas liebt ja ein wenig Fremdwortungetüme, deren Sinn sich dem ungeübten Leser nicht immer sofort erschließt. Doch wenn man genauer hinschaut, sind dies meines Erachtens sehr klare und treffende Unterscheidungen. Eine transnationale Demokratie ist eine auf der demokratischen Beteiligung der Bevölkerung fußende, also demokratische Ordnung, die aber nicht wie in der klassischen Theorie basiert auf einer einheitlichen Nation, vielleicht noch mit gleicher Sprache und kulturell gemeinsamer Tradition, sondern *über* (lateinisch „trans“) die Nationengrenzen funktioniert. An ihrer wäre mit Idealismus und institutioneller Phantasie weiter zu bauen.

Das schreckende Gegenbild ist eben die von Habermas gefürchtete Tendenz zu dem, was er „postdemokratischen Exekutivföderalismus“ nennt. Zur Postdemokratie sagte ich ja schon etwas und bisweilen fällt auch der Terminus „Fassadendemokratie“ bei Habermas. Es gibt in der Postdemokratie zwar schon noch eben die demokratische Fassade, die äußere Erscheinung demokratischer Entscheidungsprozesse. Das Volk wählt das Parlament, das Parlament die Regierung, die Regierung verhandelt Verträge, die das vom Volk gewählte Parlament zu beschließen hat. Aber in Wahrheit würden letztlich die Drohungen der Märkte, durch Banklobbyisten vermittelt und in der Sprache von Börsenkursen formuliert, in immer höheren Schlagzahl die Regierungen zwingen, Entscheidungen zu treffen, die sie ohne die Gelegenheit zur gründlichen Debatte in den Fraktionen und letztlich im Parlament durchzupeitschen hätten (und wenn sich Widerspruch in den Fraktionen rührt, beschimpft man etwa einen Bosbach, dessen „Fresse“ man nicht mehr sehen könne, wie es Kanzleramtsminister Pofalla formulierte). Die Exekutive, also Regierung mit Verwaltungsapparat, und nicht die Legislative, also das Parlament, macht hier die Politik. Und nicht die nationale Exekutive entscheidet in alleiniger Souveränität, sondern der Europäische Rat der Staats- und Regierungschefs, also eine Art Bund (darum *Exekutivföderalismus*) – und dies wie gesagt, durch Märkte und die Lobbygruppen des Finanzsektors angetrieben und durch die Exekutivbürokratien von Europa und Staaten unterfüttert.

Jetzt aber von der Auslegung der Überschrift zurück zum Text selber. Er beginnt mit der zitierten Befürchtung, dass durch übernationale Zusammenhänge wie die der Europäischen Union, in der Regierungsvertreter und Bürokratien hinter verschlossenen Türen Fakten schaffen, Habermas spricht von „verselbständigte[n] Exekutivgewalten“, dem Volk das weggenommen werde, was es im sicheren Hafen des Nationalstaats schätze, nämlich die Garantie von Demokratie und Grundrechten. Dass die Übertragung von Rechten und Souveränität an überstaatliche Organisationen aber zwangsläufig Demokratiedefizit und zwangsläufig einen Mangel an Legitimität mit sich bringe, bestreitet Habermas. Man verwechsle nämlich Staatensouveränität und Volkssouveränität. Auch wenn der einzelne Staat wie Deutschland immer weniger ganz alleine entscheiden könne, also nicht mehr im traditionellen Sinne vollkommen souverän sei, heißt das nicht, dass das einzelne Bürger oder in seiner Gesamtheit Volk bzw. Bevölkerung nicht souverän sei und damit die Demokratie tendenzielle abgebaut werde.

Gerade in einem Gebilde wie dem sich vereinenden Europa könne der Einzelne eine Doppelrolle einnehmen – nämlich einmal als Bürger seines Staates, der dort sich demokratisch beteiligen könne, und andererseits als Unionsbürger Europas. Dem müsste auch institutionell eine Doppelstruktur folgen. Nämlich die demokratisch legitimierte Vertretung der Staaten in Europa und die direkte Vertretung der Bürger auf der Ebene von europäischen Wahlen und europäischer Volksvertretung.

Habermas geht von drei Bestandteilen von Demokratie und Gemeinwesen aus. Es ist erstens das, was er die Vergemeinschaftung freier und gleicher Rechtspersonen nennt und sich in den Grundrechten, den Freiheitsrechten, dem Rechtsstaatsprinzip in der Verfassung ausdrückt. Zweitens geht es um die Organisation der kollektiven Handlungsfähigkeit; d.h. das Gemeinwesen muss politisch agieren können, um den wachsenden Herausforderungen der immer stärker sich in Wechselbeziehungen und Abhängigkeiten befindenden Weltgesellschaft gewachsen zu sein – den Herausforderungen von Ökologie, Ökonomie und Sozialem, so könnte man als Bereiche hinzufügen. Dazu braucht es eben eine Organisationsform. Das alles muss drittens sozusagen kulturell grundiert werden durch eine gewisse „Bürgersolidarität unter Fremden“, wie Habermas schreibt, die als Integrationsmedium fungiert und es uns möglich, erträglich oder gar geboten erscheinen lässt, etwa für Griechen finanzielle Risiken bzw. Lasten auf uns zu nehmen.

Weil die Herausforderungen immer globaler werden und somit der einzelne Staat überfordert ist, Entwicklungen alleine genügend beeinflussen zu können, muss er Macht nach oben hin zu einer überstaatlichem Gemeinwesen wie der Europäischen Union abgeben. Wie kann das aber gelingen, ohne dass dadurch die demokratische Legitimation sinkt?

Dafür gibt es mindestens zwei Bedingungen. Einerseits muss der Einzelstaat weiter existieren als Garant von Recht und Freiheit der Bürger, sozusagen als Ausfallbürgschaft gegenüber Europa. Die nationalen Verfassungsgerichte müssen übrigens, so Habermas in diesem Zusammenhang, nicht kontrollieren, wie viel Macht der Nationalstaat an Europa abgibt, sondern dafür sorgen, dass die Rechte der Bürger auf europäischer Ebene nicht weniger sind, als man im Einzelstaat und seiner Verfassung schon erreicht hat.

Andererseits, und das ist die zweite Bedingung, muss die Organisation politischer Entscheidungsfindung auf europäischer Ebene mindestens so demokratisch sein wie im Nationalstaat.

Diese beiden Bedingungen möchte Habermas erfüllen, in dem er die Bürger gleichsam in zwei Identitäten aufspaltet. Jeder ist gleichzeitig Staatsbürger und Unionsbürger – und damit haben wie eine doppelte Basis demokratischer Legitimation.

Als Staatsbürger wählt er Parlament und indirekt die Regierung, die ihn als Mitglied eines Staatsvolkes auf europäischer Ebene repräsentiert – nämlich auf der Ebene des Europäischen Rats der Staats- und Regierungschefs.

Als Unionsbürger wählt er das Europäische Parlament. Dazu sind als Reformen eine Vereinheitlichung des europäischen Wahlrechts notwendig (bisher ist das je Staat verschieden) und eine Entwicklung eines europäischen Parteiensystems (das es in Ansätzen gibt).

Diese doppelte demokratische Legitimation muss nun gleichberechtigt sein. Parlament als Vertretung der Unionsbürger und Rat als Vertretung der Staatsvölker (die aus Staatsbürgern sich zusammensetzen) müssen gleiches Gewicht haben und die Europäische Kommission muss gleichermaßen von diesen zwei Mächten kontrolliert werden und ihnen rechenschaftspflichtig sein.

Wir hätten damit die polare Alternative von Staatenbund und Bundesstaat vermieden. Denn im Staatenbund agieren nur die Staaten und ihre Regierungsvertreter und nicht die Bürger des Bundes selber. Im Bundesstaat würden die ehemaligen Nationalstaaten nun aufgehen und wären (selbst nach Muster der bundesdeutschen Länder) letztlich dem Gesamtstaat klar untergeordnet.

Die Alternative ist nun für Habermas ein supranationales demokratisches Gemeinwesen mit der doppelten bzw. geteilten Souveränität der Völker und der Gemeinschaft der Unionsbürger.

Mehrfache Loyalitäten sind in modernen Gesellschaften nicht ganz neu und wir sehen unsere Identität ja sowieso schon vielfach – etwa als Münchner, als Angehöriger eines politischen Milieus, als Bayer oder Pfälzer usw. Durch moderne Medien wie das Internet und den Massentourismus seien, so Habermas, außerdem die Grenzen auch in den Köpfen durchlässiger geworden.

Und in dieser Doppelung haben wir auch vielleicht verschiedene Gerechtigkeitsvorstellungen, je nachdem wir uns als Teil des deutschen Staatsvolks oder als Teil der Europäischen Union betrachten.

So ist die Demokratie in solch einer Ordnung nicht mehr gänzlich an den Nationalstaat gekoppelt. Wir müssen den Nationalstaat nicht vollkommen auf europäischer Ebene nachahmen, um die demokratische Selbstbestimmung zu wahren. Eine Selbstbestimmung, die darin besteht, dass jene, für die die Gesetze gelten, auch ihre Mitautoren sind.

Die Notwendigkeit der Abgabe von Souveränität von Einzelstaat auf Union bestand darin, angesichts der Komplexität der Weltgesellschaft Handlungsspielraum zu wahren, den ein Staat allein nicht mehr hätte. Problematisch ist es aber, wenn diese Souveränität allein in Regierungstreffen abwandert, in denen intransparente Entscheidungen informaler Art getroffen werden – nach dem Muster: Merkel trifft sich mit Sarkozy oder jetzt vielleicht Hollande, macht was aus, versucht das beim europäischen Krisentreffen den anderen Staaten aufzudrücken und in einer Nacht- und Nebelaktion müssen die nationalen Parlamente schnell zustimmen. Habermas spricht davon, dass Deutschland und Frankreich die zwischen Regierungen sich vollziehende Herrschaft des Rates ausbauen wollen, um die „Imperative der Märkte an die nationalen Haushalte weitergeben“ zu können und die hinter verschlossenen Türen getroffenen Entscheidungen dieser Ebene gegenüber den nationalen Parlamenten mithilfe von Sanktionsdrohungen durchzusetzen. Wenn es weiter in diese Richtung gehe, würde, so befürchtet Habermas, aus „dem ersten demokratisch verrechtlichten supranationalen Gemeinwesen [...] ein Arrangement zur Ausübung postdemokratisch-bürokratischer Herrschaft“,

Die Alternative bestehe „in der konsequenten Fortführung der demokratischen Verrechtlichung der Europäischen Union“. Es müsse also vielmehr die Abgabe von Souveränität mit der Zugabe von Demokratie auf europäischer Ebene erkaufte werden. Die Bürger müssen dann eben stärker an einer supranationalen Gesetzgebung beteiligt werden. Wenn man schon die Lasten gesamteuropäisch verteilt, müssen die Unionsbürger auf die diesbezüglichen Entscheidungen auch mehr Einfluss erheben können.

Es entsteht so und das ist die Vision, die Habermas durchaus auch pragmatisch-institutionell durchbuchstabiert, etwas Neues: Eine demokratische supranationale Gemeinschaft, die Recht setzt, das der Gewaltmonopolist Einzelstaat umsetzt, sodass das supranationale Recht Vorrang von dem nationalen genießt. Ein Gemeinwesen, in dem die konstituierende Gewalt zwischen Unionsbürgern und europäischen Völkern aufgeteilt ist. Das sind für Habermas die zwei Innovationen in der europäischen Ordnung der Zukunft in Gegensatz zur nationalstaatlichen Organisationsform.

Diesen Strukturen und Organisationsakten muss aber auf der kommunikativ-kulturellen Ebene eine Entstehung übernationaler, eben europäischer Bürgersolidarität entsprechen. Dies wird von den Notwendigkeiten supranationalen Handelns im Zuge von Finanz- und Schuldenkrise, was zu einer anderen Wahrnehmung der Individuen führt, befördert (Habermas spricht von der „List der ökonomischen Vernunft“). Dazu ist aber auch nötig, dass die politischen Eliten weniger zögerlich werden, mehr erklären und Öffentlichkeit herstellen und eben den Mut haben, mehr europäische Demokratie zu wagen. Dazu gehört aber auch die Herstellung einer europäischen Öffentlichkeit auf Ebene der Medien, was nicht unbedingt gesamteuropäische Medien voraussetzt, jedoch die Öffnung der öffentlichen Debatte für gesamteuropäische Perspektiven.

Jürgen Habermas: *Politik und Erpressung*

Zum Schluss will ich noch einen kurzen Blick auf eine kürzlich gehaltene Rede von Jürgen Habermas werfen, die am 6. September 2012 in der Wochenzeitung *Die Zeit* unter dem Titel „Politik und Erpressung“ veröffentlicht wurde und die er anlässlich eine Preisverleihung bei der hessischen SPD hielt.

Hier werden seine theoretischen Überlegungen stark auf die aktuelle Politik heruntergebrochen.

Er sieht die Politik angesichts der Krise an einem Scheideweg angekommen. Wollen wir nur mit hastigen, kurzatmigen, der Wirklichkeit nachhechelnden Maßnahmen die Finanzmärkte für eine Zeit ruhig stellen und jedes Mal ihrer Erpressung nachgeben? Oder möchten wir gegenüber den Finanzmärkten wieder Handlungsfähigkeit gewinnen durch demokratisch legitimierte Beschlüsse zu deren Regulierung etwa durch eine geplante europäische Bankenaufsicht?

Die Märkte haben uns gezeigt, dass der Euro als gemeinschaftliche Währung auch „eine gemeinsame Fiskal-, Wirtschafts- und Sozialpolitik“ erfordert. Und auch der Präsident der Europäischen Zentralbank Mario Draghi sehe, dass dafür ein erweitertes politisches Fundament und eine verbreiterte Legitimationsbasis nötig sei. Hier setzt Habermas wieder mit seiner demokratischen Forderung ein: „Die Souveränitätsrechte, die im Zuge des geplanten fiskalischen Umbaus den nationalen Parlamenten genommen werden, müssten auf europäischer Ebene wiederum einem demokratischen Gesetzgeber übertragen werden“. Aus Angst vor der Stimmung in der Bevölkerung trauen sich die Politiker aber nicht, von einem weiteren Integrationsschritt und einer Veränderung der europäischen Strukturen zu reden. Hier besteht, so warnt Habermas wieder, die Gefahr, dass wir uns auf den „postdemokratischen Weg zu einem marktkonformen, das heißt auf Finanzmarktimperative zugeschnitten Exekutivföderalismus“ begeben – zu Lasten sowohl von Demokratie wie auch von Kontroll- und Regulierungsmöglichkeiten gegenüber der Finanzwirtschaft.

Habermas schließt, und damit will auch ich schließen, mit einem Appell an die politischen Parteien, ihren „Mut“, ihrem „Ideenreichtum“ und ihrer „Führungsfähigkeit“ sowie an die Wahrnehmungsfähigkeit der „politischen Leitmedien“. Es geht um den Mut, gegen verbreitete Skepsis in der Öffentlichkeit, gegen demoskopische Befunde dafür zu kämpfen, die Bürger für mehr Europa *und* mehr Demokratie zu überzeugen. Diesem Appell schließe ich mich gerne an und danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!